



## Hintergrundinfos zum EU-Emissionsziel für 2030

### Unsere Forderung: Konsequente Emissionsminderung in Europa

Die Ambitionen des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf weniger als 2 °C und, wenn möglich, auf 1,5°C zu begrenzen, erfordern von allen großen Volkswirtschaften stärkere Emissionsminderungen. Deshalb verpflichtet das Abkommen alle Vertragsparteien, ihre Ziele regelmäßig nachzubessern. Europa sollte durch ein ehrgeizigeres Klimaziel für 2030 neuen Schwung in die internationale Klimapolitik bringen. Das würde die Chance eröffnen, auch andere große Emittenten - allen voran China - zu mehr Klimaschutz zu bewegen.

2014 verkündete die EU, ihre Emissionen bis 2030 um *mindestens* 40% gegenüber 1990 zu senken - und dass infolge eines starken Pariser Abkommens auch mehr machbar wäre. Deutschland sollte sich jetzt dafür einsetzen, dass Europa die Emissionen bis 2030 um **mindestens 55%** senkt. Das EU-Parlament und neun EU-Mitgliedsländer<sup>1</sup> unterstützen einen solchen Schritt. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für ein ambitionierteres Emissionsziel ausgesprochen.

„Wir müssen ehrgeiziger werden, was unsere Ziele für 2030 anbelangt. Ich will die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um mindestens 50 % reduzieren. Um jedoch spürbare Ergebnisse zu erzielen, muss die Welt an einem Strang ziehen. Die EU wird bei den internationalen Verhandlungen für höhere Zielvorgaben für andere große Emittenten bis 2021 eine Vorreiterrolle einnehmen. Ich verpflichte mich, bis zu diesem Zeitpunkt einen umfassenden Plan vorzulegen, um das Ziel der Europäischen Union für 2030 auf verantwortungsvolle Weise auf 55 % anzuheben.“

Ursula von der Leyen, Juli 2019<sup>2</sup>

### Gründe für mindestens 55% Emissionsminderung bis 2030

1. **Generationengerechtigkeit:** Um die Chance zu wahren, die Erderwärmung auf unter 2°C zu begrenzen, müssen die Emissionen innerhalb der kommenden Jahrzehnte gegen Null sinken.
2. **Internationale Gerechtigkeit:** Für einen fairen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen muss die EU die Emissionen bis 2030 deutlich stärker senken: um 50-60% nach Szenarien der Netherlands Environmental Assessment Agency<sup>3</sup>, um 60-70% laut detaillierter Studie (siehe nächste Seite).
3. **Langfristig geringere Kosten:** Verzögerter Klimaschutz kostet letztendlich mehr als vorausschauende Politik, die jetzt ein klares Zeichen für klimafreundliche Investitionen setzt und damit Strukturwandel statt späterer Strukturbrüche ermöglicht.
4. **Machbarkeit:** Eine 2018 veröffentlichte Studie im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ergab, dass bis 2050 eine Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft und bis 2030 eine rund 60%-ige Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa technisch und wirtschaftlich möglich ist.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> z.B. die Niederlande, Frankreich, Spanien und Schweden

<sup>2</sup> Ursula von der Leyen: *Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa.*

[https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf)

<sup>3</sup> PBL Netherlands Environmental Assessment Agency: *The Implications of the Paris Climate Agreement for the Dutch Climate Policy Objectives. 2017*

<sup>4</sup> LUT University, Energy Watch Group: *Energy Transition in Europe.*

[http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/2018/12/EWG-LUT\\_Full-Study\\_Energy-Transition-Europe.pdf](http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/2018/12/EWG-LUT_Full-Study_Energy-Transition-Europe.pdf)

## Ein ehrgeizigeres EU-Emissionsziel würde internationalen Schwung bringen

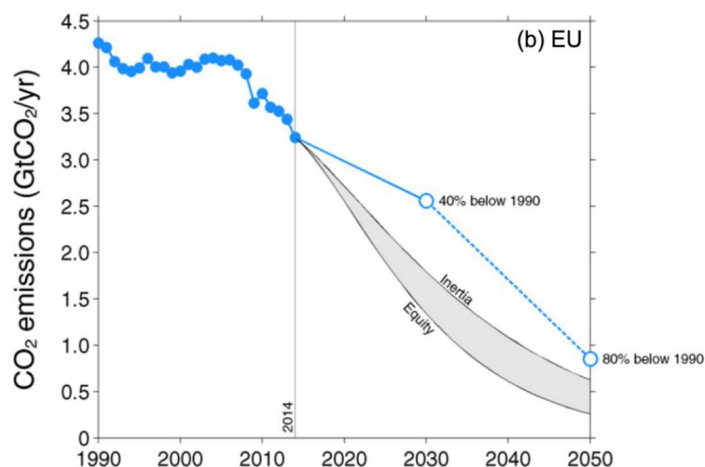
Nach Berechnungen des UN-Klimasekretariats reichen die bislang zugesagten Beiträge der Staaten, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben, bei weitem nicht aus, um die Erderwärmung unter 2 °C zu halten.

Daher verlangt das Pariser Abkommen von den Unterzeichnern, ambitioniertere Pläne zur Emissionsreduktion vorzulegen. Die EU sollte diese Chance unbedingt wahrnehmen und **mit einer Stärkung ihres Ziels für 2030** eine neue Dynamik in die weltweite Klimapolitik bringen. Vor allem mit Blick auf den anstehenden EU-China-Gipfel im Herbst 2020 in Leipzig würde das ein wichtiges Zeichen setzen. Denn die Chancen stehen gut, dass sich China einem solchen Schritt anschließen würde. Verzichtet Europa dagegen auf ein stärkeres Klimaziel, drohen weitere Jahre des Stillstands in den internationalen Klimaverhandlungen und das in Paris versprochene 2°-Limit wäre kaum noch einzuhalten.

„Das derzeitige europäische Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, datiert aus der Zeit vor dem Pariser Klimaübereinkommen. (...) Diese Vereinbarung erfordert eine Aktualisierung, einen größeren europäischen Ehrgeiz. 40 Prozent sind zu wenig, um das 2-Grad-Ziel, geschweige denn das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.“ Daher der Vorschlag der Niederlande: „Wir vereinbaren eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2030 um 55 Prozent, damit wir unsere Zusage von Paris doch noch einhalten können.“  
Premierminister der Niederlande Mark Rutte, 2. März 2018

## Ein stärkeres EU-Emissionsziel ist gerechter

Mehr europäische Ambition wäre gerechter. Die Grafik aus der Studie „Measuring a Fair and Ambitious Climate Agreement Using Cumulative Emissions“<sup>5</sup> zeigt die Spannweite von EU-Emissionspfaden, die mit der 2°C-Grenze kompatibel wären. Dabei wurde das verbleibende globale CO<sub>2</sub>-Budget einmal pro Kopf (Equity) und einmal nach dem aktuellen Anteil der EU-Emissionen an den globalen Emissionen (Inertia) aufgeteilt. Dann wurde eine plausible Ausschöpfung des jeweiligen Restbudgets berechnet.



Die Grafik zeigt, dass die derzeitigen Zusagen der EU (blaue Linien) von einer fairen Aufteilung des verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets (graues Feld) noch weit entfernt sind.

## Wie wirkt sich ein verbessertes EU-Emissionsziel aus?

1. Im **EU-Emissionshandel** müsste die Zahl der jährlich ausgegebenen Emissionszertifikate deutlich schneller sinken als bisher. Das würde zu steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen im Zertifikatehandel führen, die sich jedoch durch eine Klimadividende sozial abfedern lassen.
2. **In den Bereichen Verkehr, Wärme und Landwirtschaft** müssten die EU-Staaten ihre verbindlichen Minderungszusagen nachbessern. Alternativ besteht die Option, diese Sektoren ebenfalls in den Emissionshandel mit einzubeziehen.

<sup>5</sup> Peters et al., Environ. Res. Lett. 10 (2015) 105004, doi:10.1088/1748-9326/10/10/105004

